

Danziger Zeitung.

Nr. 19417.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. März. (W. L.) Ueber die heutige Meldung eines hiesigen Blattes, betreffend eine neue Schloßlotterie und deren Ertrag, ist an bestunterrichteter Stelle nichts bekannt. Die gesamte Meldung wird als unrichtig bezeichnet. (Wie uns ein Privattelegramm meldet, ist eine Notiz des „Börsen-Courier“ gemeint, welcher erfahren haben wollte, die Ausgabe der Lotterie der neuen Schloßlotterie betrage acht Millionen, davon entfielen vier Millionen auf Gewinne, zwei auf die Finanzierung, zwei für die Zwecke der Lotterie.)

Amberg, 17. März. (Privattelegramm.) Der schon neulich einmal totgesagte Bismarckattentäter Kullmann ist gestern gestorben.

Dortmund, 17. März. (Privattelegramm.) Oberbürgermeister Schmieding untersagte auf eine Verfügung des Regierungspräsidenten hin dem Jesuitenpater Granderath die Abhaltung wissenschaftlich-apologetischer Vorträge, deren bereits 7 unbeanstandet gehalten worden waren.

Petersburg, 17. März. (W. L.) Ueber die Situation der Firma Günzburg wird berichtet, den Passiven von 15 bis 20 Millionen ständen 10 Millionen leicht realisirbare und 5 Millionen schwer realisirbare Activen gegenüber. Die Ausschüttung einer namhaften Quote sei wahrscheinlich.

Aus Laskers Briefwechsel.

In dem Aprilheft der „Deutschen Revue“ wird die unlängst angekündigte Veröffentlichung von Briefen begonnen, welche Lasker in den Jahren 1870 und 1871 mit seinen damaligen Parteigenossen und den Ministern v. Mittnacht und anderen gewechselt hat. Lasker hatte damals von seinen ihm wichtiger erscheinenden Briefen Abschrift nehmen lassen und auch der Sammlung ein Vorwort gegeben.

Am 18. Juli 1870 war Lasker auf seiner Sommerreise nach Meran gekommen. Hier erhielt er ein Telegramm aus Berlin, das ihn schienzt dorthin zurückzurufen; die Kriegserklärung stehe jeden Augenblick bevor. Je näher er der deutschen Grenze kam, desto bewegter wurde das Volk. Die allgemeine Stimmung erholt sich aber getheilt. „Auf deutschem Boden war die Begeisterung allgemein, nur die berufsmäßigen Ultramontanen stemmten sich dem Anschluss an Preußen entgegen, fanden aber außerhalb ihrer Kreise keinen Anklang, sondern den erregtesten Widerstand.“ Lasker wurde (wir folgen im wesentlichen einem Auszuge in der „Volks-Zeitung“) nach Berlin getrieben durch den heftigen Wunsch, bei der Eröffnung des außerordentlichen Reichstages anwesend zu sein. Noch viel mächtiger aber trieb ihn ein politischer Gedanke zur Eile. Der Reichstag, dachte er, wird eine Adresse an den König richten, vermutlich mit der Schnelligkeit, welche die Zeit gebot; es lag ihm nun Alles daran, in diese Adresse den Gah aufgenommen zu sehen: daß das Volk aus diesem Kriege die Einheit des Reiches erwarte. Diesen Stempel mußte der Krieg erhalten. Nicht die Abwehr der Gefahr, sondern die Einheit des Reiches sollte dem Kriege den geistigen und idealen Gehalt geben. Die Liberalen im Lande, die Repräsentanten des gebildeten Bürgerthums, waren seit Jahrzehnten für die Erfassung des Einheitsgedankens reif. In Preußen widerstreben ihm bekanntlich nur die Junker, in Süddeutschland die im Schlepptrum des Pfaffenthums segelnden ultramontanen Partikularisten. Zeitgeschichtlich interessant ist, was Lasker von seiner Fahrt durch Bayern berichtet:

Nachmittags (18. Juli) nahm ich den Schnellzug, welcher über Innsbruck nach München ging. Zufällig fuhren mit demselben Zuge die Wähler des großen Grundbesitzes von Tirol nach Innsbruck zu einer Vor-

wahl; ich saß mit Liberalen in demselben Wagen; unter ihnen war die Begeisterung für Deutschland allgemein. Auf den bairischen Bahnhöfen freudige Erregung, die hinzukommenden Reisenden brachten die günstigsten Nachrichten über die Stimmung des Landvolks. Ein katholischer Geistlicher sei von der Dorfgemeinde gewünscht worden, in der Mitte der Predigt die Kanzel zu verlassen, weil er gegen die Theilnahme Baierns am Kriege gesprochen.

Dienstag früh am Morgen (19. Juli) kam ich in München an. Die Stadt war gegen ihre Gewohnheit in allen Theilen, durch welche ich kam, außerordentlich belebt. Einberufene Referenten zogen zahlreich durch die Straßen, viel Erregung, keine trübe, sondern eher gehobene Stimmung. Ein Stiefelpuher erzählte mir während seiner Dienstverrichtung: Gestern sei Auffall gewesen gegen die Schwarzen, welche im Landtage die Theilnahme am Kriege bekämpft hätten. Die Träger bis zum Abgang des Zuges nach Berlin gab mir Zeit, Marquard Barth zu besuchen. Ich fand den Freund in zuversichtlicher Stimmung. Er machte mich mit den Vorgängen der Zwischenzeit und der jetzigen Lage bekannt. Die Stadt München hatte sich sofort auf die deutsche Seite gestellt, den Anschluß an Preußen gefordert, auf Minister und König den größten Eindruck gemacht, die Schwarzen wie Landesfeinde sogar persönlich bedroht. Die Regierung beruft tatsächlich die Reserven ein, verlangt und damit Anerkennung vom Landtage, ist aber entschlossen, auch ohne den Landtag dem Kriege beizutreten. Im Ausschuß des Landtages neigt die (ultramontane) Mehrheit der Mitglieder, das Geld zu verweigern, und ohne Verpflichtung, den Gang der Ereignisse abzuwarten. Er billigte den Entschluß der Regierung gegen die etwaige Verneigerung des Landtags, erwartete aber eine günstige Abstimmung auch des Landtages.

Auffzeichnend für den Druck, den die Ultramontanen auf die öffentliche Meinung ausüben, ist es, daß selbst der liberale bairische Politiker Barth Lasker aus Herz legte, der Reichstag möge sich über die Einheit nicht äußern, damit der Süden nicht „misträufisch“ werde. Die später folgenden Briefe des süddeutschen Abgeordneten, nachmaligen württembergischen Staatsministers Hölder an Lasker lassen gleichfalls erkennen, daß auf die gegen die deutsche Einheit gerichtete Stimmung der ausschlaggebenden ultramontanen Partei seitens der Liberalen Rücksicht genommen wurde, doch ist es Hölders sehnlichster Wunsch, einer „möglichen Verpfuschung“ des Krieges bei Seiten zu begegnen und die Ereignisse für den endlichen Eintritt des Südens in den deutschen Bund auszunehmen. Um diese Zeit — 12. August — tritt zum ersten Male in dem Briefwechsel der Gedanke einer Erwerbung des Elsaß und Deutsch-Lothringens in entschiedener Form auf, „da bei der gegenwärtigen Offensivstellung Frankreichs Süd-Deutschland stets bedroht sei.“ Also viele Monate vor dem Friedensschluß haben die „Laien“ erkannt, worauf bei Abschluß des Friedens das Augenmerk zu richten sei. Für diejenigen, welche die Einigung Deutschlands und die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens als eigentliche „Erfindung“ der Genialität Bismarcks hinzustellen lieben, sei dies nebenbei bemerkt.

Am 15. August richtet Lasker in Verfolg des Gedankens, der in dieser Zeit sein ganzes Ginnen und Denken erfüllte, einen Brief an Bismarck, in welchem letzterer direkt angefragt wurde, inwiefern er die Bestrebungen gutheiße, welche die bundesstaatliche Einheit Deutschlands als unmittelbaren Erfolg des Krieges hervorkehren, und ob er ferner eine gewisse Verständigung über den äußeren Betrieb der Bestrebungen für wünschenswert erachte. Das interessante Aktenstück hat folgenden Wortlaut:

Eccellenz!
Zwischen dem Reichstage und der Abreise zum Kriegsschauplatz schien es mir wenig angemessen, Ew. Excellenz auch nur eine Minute in Anspruch zu nehmen, so sehr mir eine Rücksprache am Herzen lag. Dann hielt mich die gespannte Erwartung der ersten Kriegsergebnisse ab. Jetzt ist vielleicht der günstige Moment, einige Mittheilungen und Anfragen über das, was nächst dem Erfolge der Waffen weite Freude auf das ernsteste beschäftigt. Ew. Excellenz zu unterbreiten.

Nachdem die Abwehr gesichert ist, tritt die Frage über das Endziel des Krieges in den Vordergrund und sie beherrscht das Gespräch nicht bloß unter beruf-

viven Wesen dieser Musik, auch nicht bloß in jenen beiden originellsten Stücken, zu erkennen giebt, zugleich auch der Mann, der in Bezug auf Geistesbildung einst, so zu sagen, bessere Tage gesehen hat — denn wie es so manchem geborenen Musiker ergangen ist, der das zweifelhafte Glück hatte, der Sohn eines Musikers zu sein, hat A. Genée nicht Musiker werden sollen, sondern er hat „studirt“, und zwar Medizin, wenn auch nicht lange, ist aber auf diesem Wege doch der so häufigen Uncultur der Musiker entgangen — das verräth sich auch in dem geschicht (mit Zell) aufgebauten Tegtbuch, in dessen prosa manches geflügelte Wort aus französischen Schriftstellern übergegangen ist. Merkwürdiger Weise (sofern einem das heut noch irgend wundern darf) ist das schlechteste Musikstück daraus, der Annen-Walzer das am meisten „populär“ gewordene. Ursache dieser nicht mehr seltenen Erscheinung: das deutsche Volk hat jenen Schatz, den es vor allen Völkern voraus hatte, ins Wasser geworfen, aber diesmal nicht in den Rhein, sondern in die Spree, den edlen Hört seines Volkstheides. Wer es ihm wiedergeben könnte! Gegen diese Art Unzel gibt es Palliative, aber keine Heilmittel. Um jenen Walzer „dreht“ sich nun die ganze Oper, drei der Personen des Stükkes wollen ihn komponirt haben, der erste hat es einem „talentvollen“ Tambour „geföhln“ und die anderen dem ersten, was dann zu lustigen Conflicten den Anlaß giebt: es ist der Walzer mit dem Refrain „Anna zu dir ist mein liebster Gang“, bei dessen Klängen dem Musiker

mäßigen Politikern. Ueber territorialen Erwerb spreche ich nicht; das Verlangen ist angeregt, mannsfache Verhältnisse werden darüber entscheiden, aber die Grenzerweiterung war nicht der deutliche Zweck des Krieges und wird nicht der Preis sein, welcher die Nation befriedigt. Dagegen darf ich, aus Wahrnehmung, als tiefe Ueberzeugung des Volkes bezeichnen, daß Deutschland jetzt, an Stelle der Verträge mit den süddeutschen Staaten, die Staatseinheit in Form des Bundes gewinnen werde. Ein minderer Ausgang würde zu den schwersten Täuschungen zählen. Das Volk mit seinen gewissen Instinkten sieht als vollen voraus, was es eifrig erhofft hat. Die Denkenden erwägen jedoch die Schwierigkeiten, welche die zuletzt doch prompte Vertragstreue der beiden Könige vermeint hat. Denn von der bairischen Regierung gilt die Vermuthung, daß die Lust nach ungemeindeter Selbständigkeit ihren Eifer verstärkt hat.

Raum brauche ich zu sagen, daß das Vertrauen der Meisten auf Ew. Excellenz gerichtet ist, und ich gehöre zu diesen Meisten.

Wer die Ausführung des großen Werkes begonnen hat, der ist zunächst berufen und gewiß auch entschlossen, sie zu vollenden. Sieht diese Ihre Absicht fest, so zweifele ich keinen Augenblick, daß das Ende des gegenwärtigen Krieges uns die Staatseinheit bringt. Die Frage lautet dann nicht: ob, sondern wie die Schwierigkeiten zu überwinden seien. Die wir aus inniger Ueberzeugung die Staatseinheit für den allein würdigen Ausgang des Nationalkrieges halten, werden natürlich nicht ermüden, unsere Dienste unter allen Umständen dieser großen Sache zu widmen. Aber unsere Arbeit würde doppelt fruchtbar sein und ließe sich vielleicht zweckmäßig regeln, wenn wir über Art und Inhalt uns in Übereinstimmung mit Ihnen wüssten. Dies hat in mit dem Entschluß hervorgeufen — und Freunde haben den Schritt gebilligt — bei Ew. Excellenz direct anzufragen, in wie weit Sie die Bestrebungen gutheißen, welche die bundesstaatliche Einheit Deutschlands als unmittelbaren Erfolg des Krieges hervorkehren, und ob sie ferner eine gewisse Verständigung über den äußeren Betrieb der Bestrebungen für wünschenswert erachten. Von mir selbst und vielen Freunden hier und im Süden darf ich versichern, daß Sie uns zu jeder Anstrengung bereit finden werden.

Ich unterlasse für heute abschließlich, auf sachliche Einzelheiten einzugehen.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung verharre ich

Ew. Excellenz ganz ergebener

Berlin, den 15. August 1870. Lasker.
Eine Antwort auf diese Anfrage wird in dem Aprilheft der „Deutschen Revue“ noch nicht mitgetheilt. Drei Tage später, am 18. August, richtet Lasker an Hölder ein Schreiben, in welchem der Soz vor kommt:

„Jetzt muß die Mainline fallen, Gesamt-Deutschland begründet werden; sonst wäre das Volk um den Preis des Sieges gebracht.“

Inzwischen erörtert Lasker im Auftrage seiner politischen Freunde in Berlin mit Hölder, Barth, Riefer (Landgerichts-präsident in Konstanz und Abgeordneter der badischen Kammer), Bennigsen, in welcher Weise die Stimmung der Deutschenlichkeit den von ihm und seinen Gesinnungsgenossen verfolgten Einheitsgedanken möglichst günstig gemacht werden könne. Ein Brief Bennigsen an Lasker vom 22. August 1870 behandelt vorzugsweise die elßässische Frage. Bennigsen bittet dringend, bei allen Kundgebungen den Charakter einer einseitigen nationalliberalen Parteidagitation zu vermeiden. Ein Brief Jorckens an Lasker vom 20. August befürwortet Agitationsreisen der Vorstandsmitglieder der Nationalliberalen nach Süddeutschland, um das eigentliche Ziel des Krieges, die Organisation des deutschen Staates, die Bundeseinheit Gesamtdeutschlands wieder in den Vordergrund zu schieben. Miguel dagegen rät Lasker, noch immer sehr vorsichtig aufzutreten und keine Parteidemonstration vorerst zu machen. Am 24. August stellte sich Lasker dem Herzog von Ujest für die Geschäfte der Inspection der freiwilligen Krankenpflege zur Verfügung. Der letzte Brief Laskers an Alefer, welcher in diesem Monat veröffentlicht wird, vom 28. August, spricht Besorgniß aus wegen des Ausbleibens Baierns im Bunde. Er stimmt Alefer bei, daß wenn Bayern nicht freiwillig dem Bunde beitrete, es durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen werden müsse. Freilich wäre es eine Demütigung für die Nation, wenn diese große Erhebung nicht sofort den Gesamtband zur Folge haben sollte.

Der historische Werth dieser Publication

liegt, wie schon jetzt zu erkennen ist, in der Hervorkehrung der für den Aundigen und unbefangenen Urtheilenden allerdings ohnehin nicht unbekannten Thatsache, einen wie großen vorausschauenden Einfluß das liberale Bürgerthum auf die Verwirklichung des so lange vervehmten deutschen Einheitsgedankens ausgeübt hat. Schon aus Kaiser Friedrichs Tagebüchern hat alle Welt erfahren, wie schwach es damals im Hauptquartier um die Neigung zur Verwirklichung des Einheitsgedankens stand, wie viel mehr Geschobener, als Schiebender Bismarck bei der Gründung des Reichs gewesen ist. Ähnliches sieht man auch hier, zum mindesten soweit, daß nicht Fürst Bismarck allein die spätere Gestaltung der Dinge in seinem Kopfe trug, sondern auch die Führer der Liberalen, nur vielleicht noch früher und vollkommener als er.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. März.

Die Aufhebung der Stolgebühren oder der Appetit kommt beim Essen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bekanntlich in diesen Tagen ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Stolgebühren in den evangelischen Kirchen Preußens zugegangen, der wieder einmal zeigt, wie sehr sich die Dinge und auch die Auffassungen geändert haben. Diese Frage ist seit dem Erlass des preußischen Civilstandsgeches in der Schwere. Durch Wegfall der Stolgebühren sollte verhindert werden, daß neben der bürgerlichen Eintragung in das Civilstandsregister und der bürgerlichen Trauung auf die kirchliche Taufe und Trauung aus äußerer Gründen verzichtet werde. Inwiefern die Zahl der kirchlichen Akte in Folge des Civilstandsgeches in Preußen nachgelassen hat, darüber liegt amtliches Material nicht vor. Im Stat sind aber in den letzten Jahren 300 000 Mk. zur Deckung des Ausfalls an Stolgebühren in der evangelischen Kirche bewilligt worden. In ein neues Stadium trat diese Frage im vorigen Jahre bei der Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Rückgabe der in der Zeit des Kulturmordes eingestellten staatlichen Leistungen an die evangelischen Kreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen und so erklärte denn der Ministerpräsident v. Caprioli gleich bei der ersten Lesung des Gesetzen im Abgeordnetenhaus, die Staatsregierung habe den Wunsch gehabt, gleichzeitig mit der Sperrgelderfrage „die evangelischen Desiderien nach Stolgebühren“ zu befriedigen; aber das sei noch nicht möglich, man werde zunächst die Generalsynode darüber hören müssen u. s. w. In der That hat die Generalsynode für die älteren preußischen Provinzen ein Gesetz beschlossen, welches die Verpflichtung zur Errichtung von Stolgebühren für Taufen und Trauungen in ortsüblich einfacher Form, sowie für Aufgebote aufhebt und die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein hat einem gleichen Gesetz ihre Zustimmung ertheilt.

Diese beiden Kirchengesetze soll der Landtag jetzt bestätigen und für die evangelische Landeskirche der älteren preußischen Provinzen eine jährliche Rente von 1'250 000 Mk. für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein eine solche von 70 000 Mk. bewilligen. Im Prinzip werden die Kirchengemeinden zur Aufbringung der Entschädigungen für die Geistlichen und Kirchenbeamten verpflichtet. Die Zahlung einer festen Rente aus der Staatskasse wird in der Begründung in einer Weise motiviert, die mit der Erklärung des Ministerpräsidenten v. Caprioli vom 24. Januar v. J. durchaus nicht im Einklang steht. Herr v. Caprioli hatte nur von „evangelischen Desiderien“ gesprochen und einen Vorschlag des evangelischen Oberkirchenrats bezüglich der Durchführung der Maßregel mitgetheilt, mit dessen Ausführung die Regierung beschäftigt sei. Der damalige Cultusminister schloß seine Rede mit den Worten:

„Mit dieser Erklärung des Ministerpräsidenten vom 24. Januar fängt meines Erachtens eine neue Periode für die evangelische Kirche an und das ist der verklärende Lichtstrahl, der in meine Tätigkeit fällt.“

Romiker unserer Bühne, Herr Bing, gemeldet ward, urplötzlich heller geworden, — ebenso plötzlich übernahm Fräulein Bettina Calliano die Rolle der ländlichen Wirthin, die sich den Mann, den sie nun einmal hübsch gefunden hat, und ehlich liebt, mutig und klug mittler aus den Hoskressen heraus holt, und spielt sie bewundernswert frisch, gewandt, urwüchsig und witzig — mit ihrem Gesange nahm man denn vorlieb. Fräulein Neuhaus führte die Grande dame, die Ninon de l'Enclos in guter Haltung durch, und in dem Aleeballt Ninon, Ninon, Maintenon (dies der Titel einer 1843 schon componirten Operette) war Fräulein Werra als die alte „fromm“ gewordene Favoritin sehr interessant durch Erscheinung und würdevolles Spiel. Herr Magnus gab den d'Aubigné, der Ninon Geliebten, recht dankenswert, Herr Bing den Theaterdirektor, der zwar seinem Talent nicht viel Gelegenheit zur Entfaltung giebt, ganz wie er gemeint ist. Herr Arndt die groteske Figur des „Pariser Zierbengels“ von damals, der freilich seine Couplets im 2. Akt singen können mühte, sehr markant, Fräulein v. Sanden den Pagen der Ninon, Herr Neuker den Tambourmajor. Die Aufführung, mit Trommlerhören, Geigerchören, Hochzeitsschreit reichlich bedacht und in allen gelungen, war interessant auch durch die Treue und den Reichthum der Kostüme. Der Benefiziant und seine liebenswürdig schlagerfertige Partnerin wurden vom Publikum lebhaft ausgezeichnet.

Dr. C. Fuchs.

Jetzt aber werden für die Aufhebung der Stolgebühren allgemeine Gesichtspunkte geltend gemacht, die sich nicht auf die evangelische Kirche beschränken und dementsprechend wird in der Begründung eine gleiche Entschädigung für die Stolgebühren auch für die katholische Kirche in Aussicht gestellt. Sie wird jetzt nur deshalb noch nicht beantragt, weil die Vorbereitungen noch nicht beendet sind. Aus einer Leistung an die evangelische Kirche, welche gewissermaßen eine Gegenleistung für die Rückgabe der Sperrgelder an die katholische Kirche sein sollte, ist demnach eine beiden Kirchen nach gleichen Grundsätzen zu gewährende Entschädigung für die Aufhebung von Stolgebühren im kirchlichen Interesse geworden. Die Ausdehnung der Entschädigung auch auf die katholische Kirche ist, wenigstens insoweit als sie fast ausschließlich katholische Rheinprovinz in Betracht kommt, mit dem Civilstandsgesetz in keiner Weise zu rechtfertigen, da in der Rheinprovinz die Civilstandsgesetzgebung schon seit der Zeit der französischen Herrschaft in Kraft stand, die Einführung zunächst des preußischen und demnächst des Reichsstandsgesetzes, also die Erhebung der Stolgebühren nicht beeinträchtigen konnte. Auf alle Fälle ist es, wie das auch in der Begründung der Vorlage an die preußische Generalsynode gesagt wird, unter den heutigen Verhältnissen eine Pflicht der (evangelischen) Kirche, das Sakrament der Taufe, sowie die Trauung in einfachster Form den Gemeindemitgliedern überall unentgeltlich darzubieten. Namentlich im Hinblick auf die kirchenseitlichen Bestrebungen erscheint es unabsehlich, den aus der Entgeldlichkeit abzuleitenden Vorwand für die Verschämung der genannten Handlungen auszuschließen.

Dass der Zuwachs, den die Kirchengemeinden möglicherweise durch den Wegfall der geringen Gebühren für Taufe und Trauung erhalten, sie in den Kämpfen gegen die kirchenseitlichen Bestrebungen stärken würde, ist eine Auffassung, der wir uns nicht anschließen können. Mit solchen kleinen Mitteln sind keine Erfolge zu erzielen. Um so auffälliger ist es, wenn in der Begründung der Vorlage für das Abgeordnetenhaus der Spiegel umgedreht und Schlankweg von dem staatlichen Interesse an der Aufhebung der Stolgebühren als eines Hindernisses gesprochen wird, welches der unbemittelten Bevölkerung die Theilnahme an den Wohlthaten der Kirche erschwere. Vor den übrigen gebührenpflichtigen Handlungen zeichneten sich Taufe und Trauung dadurch aus, dass ihre Versäumung den Ausschluss vom kirchlichen Gemeindeleben nothwendig mit sich bringe; es liege also im Staatsinteresse, den aus der Entgeldlichkeit dieser Handlungen abzuleitenden Vorwand für die Verschämung derselben aus dem Wege räumen zu helfen. Und dazu soll der Staat für die evangelische Kirche allein eine jährliche Rente von 1 500 000 Mk. auf sich nehmen. Wenn noch der preußische Staat an finanziellem Überflusse sitzt! Aber der unbemittelten Bevölkerung auf der einen Seite die minimalen Gebühren für Taufe und Trauung erlassen, derselben unbemittelten Bevölkerung aber gleichzeitig durch die Fälle die notwendigsten Lebensmittel in sehr fühlbarer Weise vertheuern, das ist eine Politik, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können. Und zu den andernhalb Millionen für die evangelische Kirche werden doch mindestens noch dreiviertel Millionen für die katholische Kirche hinzukommen — in einer Zeit, wo der Finanzminister genötigt ist, selbst dringende Ausgaben für die culturelle Entwicklung der Nation aus Sparmaßnahmen zu verweigern!

Conflictsgedanken.

Die „Kreuztg.“ lebt ganz in Conflictsgedanken. Sie vergleicht die Leistungen der heutigen Liberalen in dem Kampf gegen das Schulgesetz, der dieselben schon nach 4 Wochen um den Athem gebracht habe (1), mit dem vierjährigen Kampf, den in der preußischen Conflictzeit die „Kreisrichter“ im Abgeordnetenhaus geführt haben. Weil, schreibt sie, damals noch Glauben an den Liberalismus und seine lebenswackenden Kräfte in den Massen nicht nur, sondern vor allem bei den Gebildeten selbst gefunden wurde, weil es den Leuten Ernst damit war, was sie erstrebten, deshalb hielten sie Stand und machten es ihren Vertretern möglich, Jahre lang auf ihrem Kopfe zu bestehen und die Aufmerksamkeit der Welt auf das Haus am Dönhoffplatz zu ziehen. Dem Liberalismus sei überreiche Gelegenheit geboten worden, zu zeigen, was er kann — deshalb stehe er heute ratlos da. Und da es bei dem Blatte ohne eine demagogische Wendung auf die vollen Taschen nicht mehr geht, fügt es hinzu: „im einzelnen Falle zwar noch immer einflussreich genug, aber nur vom Schwergewicht des Beutels lebend, der ihm allerdings meist allein gehört und auf den er deshalb auch vornehmlich pocht.“

Die Nutzanwendung, die die „Kreuztg.“ aus dieser Betrachtung gezogen wissen will, liegt auf der Hand. Die Regierung hat keine Ursache, sich bei dem Volksschulgesetz vor dem Liberalismus zu fürchten; sie kann es ruhig auf einen Conflict ankommen lassen. Vorläufig glauben wir nicht, dass die Regierung in ihrem Urteil über die Bewegung gegen das Volksschulgesetz mit der „Kreuztg.“ übereinstimmt. Sollte es doch der Fall sein, so sieht der Liberalismus der entscheidenden Probe bei den nächsten Abgeordnetenwahlen mit vollster Zuversicht entgegen.

Aus dem Berichte der Reichsschuldencommission.

Nach dem Bericht der Reichsschuldencommission für das Jahr 1890/91 hatte das deutsche Reich bis zum 1. April 1891 für 1 298 814 114,62 Mk. Schuldverschreibungen ausgegeben. Der noch offene Credit belief sich an demselben Tage auf 234 808 851,06 Mk., welch letzterer inzwischen durch die neue Anleihe wesentlich verminder ist. Der Nominalbetrag der Bestände des Reichsschuldenfonds berechnete sich am 30. Juni 1891 auf 476 460 141,41 Mk. Der Reichstagsschuldenfonds belief sich am Schlusse des Rechnungsjahrs 1890/91 auf 12 589 248,87 Mk. In den Beständen des Reichskriegsschafes (120 Millionen) ist keine Veränderung eingetreten. An Reichsbanknoten sind nach dem anliegenden Bericht im ganzen von der Reichsbank für 1 990 533 460,00 Mk. nachzuweisen gewesen und auch bis auf eine Differenz von 400 Mk., welche sich dadurch erklärt, dass in den Rassenübersichten der Reichsbank die Notenbestände auf volle Tausende abgerundet werden, nachgewiesen worden.

Dr. Arendt,

der freiconservative Abgeordnete und Herausgeber des „Deutschen Wochenblatts“, ist ein wütender Britenhasser. Er befindet sich gegenwärtig an Bord der „Augusta Victoria“ auf einer Fahrt

durch's Mittelmeer und hat an sein Blatt aus Kairo einen Bericht geschrieben, an dessen Schluss er hochpolitisch wird; er will die Engländer aus Ägypten heraushaben, der Sudan sei ohne Schwertstreiche wieder zu erobern, aber die Engländer wollten dies nicht, da sie „die Wunde offen halten wollten um ihre rechtswidrige Besetzung Ägyptens zu rechtfertigen“. Europa sollte die Engländer aus Ägypten herausnöthigen und, schließt der freiconservative Politiker, „hier wäre der Punkt, wo eine thathäftige deutsche Weltpolitik einzusehen hätte.“ — Der Herr verlangt also allen Ernstes, Deutschland soll die französischen Bastanen in Ägypten aus dem englischen Feuer holen, soll einen kriegerischen Bruch mit England riskieren, um dessen ägyptische Position, an der Deutschland nicht das geringste Interesse hat, umzustören, soll womöglich den ägyptischen Sudan zurückerobern und was der Ungeheuerlichkeiten mehr sind.

Wenn nun auch der Denker dieser kühnen Politik vielleicht etwas unter dem Einflusse der heißen ägyptischen Sonne gestanden haben mag, so sind seine Ideen immerhin charakteristisch dafür, wie sich in diesem freiconservativen Kopfe, der eine große Leute seiner Partei sein will und ist, die Welt malt.

Neubewaffnung der belgischen Armee.

Wie man aus Brüssel meldet, soll die Neubewaffnung der gesammten belgischen Armee noch im Laufe dieses Jahres vollständig durchgeführt werden. Der größte Theil des stehenden Heeres ist bereits mit der neuen Waffe versehen. Die Reserve (Milizen) soll während des Sommers im Gebrauche derselben unterrichtet werden. Bei den diesjährigen Sommer-Manövern soll eine vollständige Truppen-Division auf Kriegsstand gesetzt werden und vom Lager von Beverloo aus gegen die Hauptstadt zu manövriren haben.

Zum englischen Kohlenarbeiterstreik.

Wie aus London telegraphisch gemeldet wird, berieht der Bergarbeiterverband gestern Nachmittag in weissländiger geheimer Sitzung, ohne jedoch über den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluss zu fassen, und vertrage die Fortsetzung der Berathung auf heute. Gerüchtweise verlautet, die Arbeit werde am nächsten Montag wieder aufgenommen werden. Der Kostenpreis ist gestern in London um 4 Shilling gesunken, es besteht fast keine Nachfrage.

Die Nachwirkungen des letzten Bombenattentates in Paris.

Die Pariser Blätter melden, die Polizei habe gestern bei mehreren Anarchisten wahrscheinlich zur Bereitung von Explosionsstoffen bestimmte Chemikalien, sowie auch leere Patronen und Granaten gefunden.

Gegenüber mehrfach geäußerten Behauptungen, dass der Fremdenzufluss nach Paris wegen der in Folge der Explosionen entstandenen Unruhigkeit geringer sei und dass zahlreiche Fremde wieder abreisen, erklären die großen Hotelverwaltungen, der Fremdenverkehr habe sich bereits vor den Dynamit-Attentaten lediglich wegen des schlechten Wetters verringert.

In der italienischen Deputirtenkammer begründete gestern bei der fortgesetzten Berathung des richtig gestellten Budgets für 1891/92 der frühere Schatzminister Giolitti seine Tagesordnung. Giolitti erklärte, er werde die finanzielle Lage ohne Illusion prüfen. Mit Befriedigung könne er feststellen, dass die drei letzten Finanzjahre ein schnelles Fortschreiten zur Herstellung eines sicheren Gleichgewichts aufwiesen. Gleichwohl sei nicht zu leugnen, dass neben diesem Fortschritt bedauerlicher Weise ein Steigen des Wechselcourses und eine Entwertung der Rente einhergingen. Man müsse diese auffallende Erscheinung neben anderen Ursachen auch der Neigung der Italiener zuschreiben, in der Schilderung der Verhältnisse des Landes zu übertrieben. Im weiteren Verlaufe der Rede wies Giolitti die Möglichkeit organischer Reformen nach und schloss, er billige das von dem gegenwärtigen Cabinet angekündigte strenge Programm für die Finanzpolitik, welches jedenfalls die bereits durchgeführten Reformen consolidiren werde.

Der norwegische Conflict.

Das Organ des norwegischen Ministeriums Steen, „Dagbladet“, bemerkte bezüglich der Erklärung König Oskars in der am Montag abgehaltenen Staatsrathssitzung: „Ein königliches Dictamen ist an und für sich unvereinbar mit einer Verfassung wie die unsrige. Der unverantwortliche Staatschef soll nur nach dem Rathe seiner Minister handeln und deshalb niemals seine persönlichen und privaten Meinungen zu Protokoll geben. Besonders müsste alle Aufforderung für ihn sein, sich solcher Aeußerungen zu enthalten, wenn es wie hier — zum ersten Mal in unserer Geschichte — gegen den bestimmt ausgesprochenen Rat des ganzen Ministeriums geht.“ Das Ministerium hat hierdurch alle Verantwortlichkeit für die Meinungsäußerung des Königs abgelehnt. „Dagbladet“ wirft alle Schuld auf die schroedische Regierung, die sich unberufener Weise in norwegische Regierungsangelegenheiten eingemischt habe.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 16. März, 7½ Uhr Abends. Die Berathung des Guttesets wird fortgesetzt. Im Extraordinarium werden unter Titel 3 die erste Rate zum Neubau des Domes in Berlin und einer Gruft für das preußische Königsgrab gefordert. Die Commission beantragt die Genehmigung des Titels in folgender Fassung: „Einmaliger Aufschuss von zehn Millionen zum Neubau des Domes in Berlin und einer Gruft für das preußische Königsgrab, I. Rate 300 000 Mk.“ und schlägt folgende Resolution vor: I. Das Haus der Abgeordneten erklärt, dass die Bevolligung des Tit. 3 Kap. 14 den einmaligen Ausgaben des Staats des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten in der Voraussetzung erfolgt, dass weitere Anforderungen aus Staatsmitteln, außer dem im Etat für 1892/93 enthaltenen, für Zwecke des Dombaues in Berlin nicht gestellt werden. II. Das Haus der Abgeordneten nimmt Kenntnis von der Erklärung der Regierung, dass der Bau von einer der Königlichen Haushaltswaltung untergeordneten Stelle als Bauherr übernommen wird.

Abg. Richter: Wir können die Forderung nicht billigen. Noch niemals hat für eine einzige Kirche 10 Millionen aus der Staatskasse ausgewandert. Der Patronatsbausatz erfordert jährlich nur 1 800 000 Mk. Für die Restaurierung der Wittenberger Schlosskirche und für den Kölner Dom sind zwar auch Staatsmittel verwendet worden, eine solche Restaurierung oder die Rückicht auf ein bedeutsames historisches Monument kommen hier nicht in Frage. Die Domgemeinde ist eine Wahlgemeinde, der sich jeder anschließen kann; die

Beruhigung auf die allgemeine Kirchennoth trifft auch nicht zu. Das ganze Land wird für Berliner Kirchenbauten in Contribution gesetzt; hier sollen aber 10 Mill. hergegeben werden für eine Kirche, welche mit der Kirchennoth nichts zu thun hat, eine Summe, für welche man 12 PredigtKirchen herstellen könnte. Auch ein künstlerisches Interesse waltet in besonderer Masse nicht vor. Finanziell ist es einem so unbefriedigenden Etat gegenüber noch viel weniger zu rechtfertigen, eine derartige Ausgabe zu bewilligen. Schr. auffällig ist, dass Herr Miquel sich dieser Anspruch gegenüber nicht als ein harter Landgraf erwiesen hat. Selbst der König Friedrich Wilhelm IV. hat, als er noch absoluter Herrscher war, aus Rücksicht auf die Finanzen den Dombau sistirt. Die Mehrheit der Commission hat sich mit der Hoffnung begnügt, dass die 10 Mill. ausreichen werden, und verzichtet auf jede Mitwirkung bei der Ausführung des Bauprojects. Das Project Rastdorf begegnet in der Künstlerwelt erheblichem Widerspruch. Wer bürgt uns übrigens dafür, dass nicht mittin in der Ausführung ein sic volo, sic jubeo dawisshärt und die heutigen Ansichten über die Zuständigkeit der 10 Mill. anderen Ansichten zu weichen haben? Man erinnere sich doch nur an die Geschichte des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. Auch die klare rechtliche Grundlage für die Bewilligung vernissen wir; in formloser Weise auf Grund eines mündlichen Berichts vollzieht sich dieser Akt. Was eine dem Haushaltministerium untergeordnete Stelle ist, kann selbst von Rastdorf nicht klar gemacht werden. Die Unterhaltungspflicht ist noch viel zweifelhafter. Die Krone hat jetzt ausdrücklich dieselbe abgelehnt. Soll der Staat nicht weitere 100 000 Mk. jährlich erfordern. Der Kronfideicommissfonds müsste in erster Linie mit Millionen eintreten. Die Kronfideicommissfonds ist erst vor kurzem um 3½ Millionen erhöht worden. Dom und Schloss stehen in un trennbarem Zusammenhang. Noch im vorigen Jahre hat man hier im Hause bestimmt angenommen, dass die Krone mit einigen Millionen eintreten würde; das haben Centrum und Conservativen erklärt. Nichts hat sich seitdem geändert und die Finanzlage ist lediglich schlechter geworden. Auch die Stimmung für höfische Wünsche und Interessen hat sich im Lande namentlich bei den letzten Ereignissen eher erhöht als erwärmt. Wir müssen aus allen diesen Gründen die Forderung ablehnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (conf.): Der Abg. Richter hat nur bei seinen Befragungen vergessen: das monarchische Gefühl, die Pietät gegenüber mehreren preußischen Königin, welche Großes für das Land geleistet und diesen Bau haben ausführen wollen. Es wird allgemein Wiederhall finden, wenn wir diesen Bau endlich zu Ende bringen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Seereman erklärt namens des Centrums, dass dieses jetzt wie früher für den Bau sich ausgesprochen unter der Bedingung, dass der Staat nicht als Bauherr auftrete und das weitergehende Anforderungen nicht gestellt würden. Diese Bedingungen seien nun erfüllt.

Abg. Hobrecht (nat.-lib.): Meine Freunde sind geheimer Meinung über die Höhe der zu bewilligenden Summe. Einige von uns wünschen keinen Prachtbau und zweifeln, ob derselbe mit den gesuchten Mitteln ausgeführt werden kann. Ein anderer Theil versagt sich ein Urtheil über das Project selbst. Allerdings haben wir eine juridische Sicherheit gegen Nachforderungen nicht, aber die Erklärungen der Reserveminister enthalten eine moralische Bindung, die uns wertvoller ist als ein wirklicher Vertrag. Ein Theil meiner Freunde wird also für die Forderung stimmen. Abg. v. Ledlik (freicons.): Wie verträgt es sich mit dem monarchischen Gefühl des Grafen Limburg, dass er früher die 22 Millionen für den Dombau nicht bewilligt hat? Rundet sich etwa sein monarchical Gefühl mit der Ziffer von 10 Mill. ab? Er sprach von einem Wiederhall im Lande. Nun wohl, so mache man doch die Probe und suche freiwillige Beiträge für den Dombau. Man würde dafür nicht einmal so viel bekommen, wie für die afrikanische Colonialpolitik.

Abg. v. Ledlik (freicons.): Wir wissen, dass die Forderung in vielen Kreisen unpopulär ist (Schrift, hört links). Wir meinen aber, dass die Pietätsrücksichten überwiegen. Da wir zudem für das Bauproject keine Anwendung übernehmen, sondern es nur mit einem Staatszuschuss zu thun haben, werden wir die Forderung bewilligen.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum: Ich habe das monarchische Gefühl der Linken nicht bezweifelt. Unter Friedrich Wilhelm IV. war die Finanzlage viel ungünstiger als heute.

Abg. v. Huene (Centr.): Ich habe noch Widerspruch zu erheben gegen die Behauptung des Grafen Limburg, dass die Unterhaltungspflicht dem Staafe obliege. Die bezüglichen Erklärungen im Senatorenconvent präzubilden niemandem. Wir halten sie für eine offene Rechtsfrage.

Abg. Richter: Also schon jetzt tritt in diesem Punkt eine Differenz auf! Da diese Frage noch gar nicht geprüft ist, so bleibt nur übrig, die Position an die Budgetcommission zurückzuweisen (Ziffer rechts). Ein Appell an das monarchische Gefühl soll erhoben werden, wenn er am Platze ist, wir haben ihn für ernstere Dinge, für die Zeit nötig, wo wirklich die höchsten Güter der Nation in Frage stehen! (Beifall links.)

Abg. Stöcker (conf.): Ich befürworte die Forderung unter Hinweis auf die Geschichte des Dombaus.

Der Antrag Richter auf Zurückverweisung an die Commission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen abgelehnt, der Titel 3 und die beiden Resolutionen werden angenommen. Gegen die Forderung stimmen die Freisinnigen und von den Nationalliberalen u. a. die Abg. Francke, Anebel, Diek, Grimm (Frankfurt), Dommes, Kempe, Wattenberg, Hollermann, Ischoke, Jürgens, Holstein, v. Cuny, Simon.

Der Rat des Extraordinariums wird bewilligt, desgleichen die Staafe des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Damit ist die 2. Lestung des Staafe beendet.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* [Fürst Karl Egon zu Fürstenberg], erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses, General der Cavallerie à la suite der Armee, ist am 15. März in Paris, wohin er soeben gereist war, im Alter von 71 Jahren an einer Pneumonie gestorben.

* [Zur Vorgeschichte der Welfensondvorlage] weiß der Berliner Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ noch folgende „verbürgte Einzelheiten“ mitzuteilen: Als der Kaiser im November vorigen Jahres in Hannover war, beglückwünschte er bei einem Festmahl den Landesdirektor Herrn v. Hammerstein dazu, dass die Provinz aus dem Welfensondfonds bedeutende Mittel für provinzielle Zwecke erhalten werde. Herr v. Hammerstein war davon überrascht und machte dem Kaiser kein Hehl daraus, dass er unangenehm überrascht sei. Er stellte ihm offenherzig vor, dass diese Verwendung der Revenuen des Fonds bei der Bevölkerung der Provinz keinen guten Eindruck machen werde, ja dass vielleicht einzelne Kreise und Corporationen sich weigern würden, aus diesen Revenuen etwas anzunehmen; denn in der Provinz wünsche man die Aufhebung der Beschlagnahme. Der Kaiser ließ sich von Herrn v. Hammerstein weiter über die Geschichte des Welfensondfonds und die darüber in der Provinz herrschende Stimmung unterrichten, ver sprach, dass er mit Caprioli sprechen wolle, und als er wenige Wochen darauf wieder in Hannover zu einer Jagd erschien, teilte er Herrn v. Hammerstein bereits mit, dass die Regierung prinzipiell zur Aufhebung der Beschlagnahme

beruße sei. Es handelte sich darum, eine diesen Schritt formell einleitende und rechtfertigende Erklärung des Herzogs von Cumberland zu erlangen, und um mit diesem zu verhandeln, reiste Herr v. Hammerstein, mit einem Beglaubigungs schreiben versehen, nach Cöthen. Einverständniß wurde bald erzielt, und es wurde das Concept des Briefes entworfen, den der Herzog an den Kaiser zu schreiben hatte. Einzelheiten dieses Briefes sind dann in weiteren Verhandlungen erst geändert worden, bis er schließlich die Form erhielt, die man aus dem „Reichsanzeiger“ kennt. Er beginnt bekanntlich: „Da ich Grund habe anzunehmen, dass es den Wünschen Ew. Majestät entspricht u. s. w.“ Diese Einleitung lautet im ersten Entwurf etwas anders, es war etwas bestimmter ausgedrückt, dass dem Herzog mitgeteilt worden sei, dass der Kaiser eine Erdigung der Welfensondfondsfrage wünsche. Auch am Schlusse des Briefes sind nachträglich einige Änderungen angebracht worden. Es hieß dort ursprünglich „feindliche“ Unternehmungen, daraus ist „feindelige“ geworden, und zwar „gegen Ew. Majestät oder den preußischen Staat“, früher war auch gefragt gegen die „Regierung“. Über etwas anderes als den Welfensondfonds soll tatsächlich und zwar auf den Wunsch des Herzogs nicht ausschließen, dass man darüber gesprochen und Zukunftsbesichtigungen angestellt hat.

* [Vorkehrungen zum 18. März.] Wie der „B.-C.“ hört, wird in Berlin am 18. März die gesamte Schuhmannschaft Berlins von früh Morgens bis spät in die Nacht hinein consigniert sein, um etwaigen Ruhestörungen energisch entgegen zu können.

* Für Magdeburg hat die neue Veranlagung zur Einkommensteuer der „Magdeburgischen Zeitung“ zufolge nur ein Mehr von 421 000 Mk. ergeben.

* Aus Hörde (in Westfalen), 18. März wird berichtet: Bei der kürzlich im Abgeordnetenhaus vorgenommenen Erörterung über die hiesigen Schulverhältnisse hatte sich der Cultus minister geirrt. Er behauptete nämlich, die Katholiken mühten, obwohl sie ihre Schulbedürfnisse selbst aufzuräumen, auch zur Unterhaltung der simultanen Communal-Volksschule beitragen. Das ist unrichtig, die Katholiken tragen zur Unterhaltung jener Schule nicht bei. Das Stadtverordneten-Collegium beschäftigt sich gestern mit der Angelegenheit. Es wird seitens der Aufsichtsbehörde alles ausgeboten, die Bedürfnisse der streng confessionellen katholischen Schule auf den Communitaten zu bringen. Die städtischen Behörden haben sich wiederholt hierzu bereit erklärt

derung weiterer thälischer Zusammenstöße zu beruhigen.

(W.T.)

Russland.

Petersburg, 16. März. Anlässlich des Ablebens des Großherzogs von Hessen ist für den hiesigen Hof eine vierwöchige Trauer angeordnet. (W.T.)

Coloniales.

* [Weber trostlose Zustände in Kaiser Wilhelmsland] berichtet ein Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ aus Sydenham vom 3. Febr. Darnach ist die Astrolabe-Compagnie zur Zeit damit beschäftigt, chinesische Arbeiter für ihre Tabakplantagen einzuführen, zu welchem Zweck sie die Dampfer „Schwalbe“ und „Nierstein“ vom norddeutschen Lloyd bez. Der Bremer Hansa-Gesellschaft gechartert hat. Von 500 Rulis, die auf dem „Nierstein“ eingeschiff waren, sind indessen 240 Mann an der Ruhr gestorben, während von den schon in Kaiser Wilhelmsland eingetroffenen Chinesen ca. 50 Proc. der gleichen Krankheit zum Opfer gefallen sind. Dazu sterben die schwarzen Arbeiter der Compagnie jeden Tag dutzendweise, und allein die weißen Angestellten scheinen von der Epidemie, denn nur als solche läßt sich die ursprünglich ohne Zweifel durch die schlechte Belebung des Trinkwassers in Verbindung mit Alimaeinwirkungen zum Ausbruch gelangte Krankheit bezeichnen, verschont geblieben zu sein, wenigstens waren Todesfälle unter ihnen bis Mitte Dezember — soweit reichen die von verlässlicher Seite zugegangenen Berichte — keine vorgekommen. Daz es in anderen Theilen von Kaiser Wilhelmsland, im eigentlichen Gebiete der Neu-Guinea-Compagnie nicht viel trübler aussehen muß, läßt sich aus den Umständen erkennen, unter welchen der der letzteren gehörige Dampfer „Fabel“ lebt in Matupi eingetroffen ist. Der Führer, Capitän Dallmann, hatte auf der Reise einige schlagähnliche Anfälle gehabt und lag krank; beide Steuerleute hatten die Influenza, die drei Matrosen das Alimafeber. Alle Matrosen, Seizer, Matrosen, Stewards u. c. waren ebenfalls krank, und außerdem befanden sich an Bord 21 mehr oder weniger erkrankte Passagiere, die aus Kaiser Wilhelmsland zur Erholung nach Neu-Pommern geschickt waren. Zu allem hatte das Schiff fast unausgelebt mit sehr schwerem Wetter zu kämpfen und ist zuletzt mit großer Mühe überhaupt nur dadurch fortgebracht worden, daß zwei weniger invalide Passagiere navigirten. Am 20. Dezember ist der Dampfer endlich in Matupi eingetroffen, wo er, nachdem seine Kranken auf sämmtliche Stationen Neu-Pommerns vertheilt worden waren, liegen geblieben ist, vollständig unsfahrbart. An einen Erfolg der erkrankten Besatzung ist nicht zu denken, weil die Neu-Guinea-Compagnie an Ort und Stelle über einen solchen begreiflicherweise nicht verfügt. — In dem Bericht wird weiter geklagt über die klägliche Postverbindung zwischen Kaiser Wilhelms-Land und den umliegenden Inseln. Der Correspondent spricht zum Schlus aus, daß die leitenden Persönlichkeiten der Neu-Guinea-Compagnie sich veranlaßt sehen möchten, in Zukunft nur solche Berichte zu veröffentlichen, welche den That-sachen mehr, als dies bisher der Fall gewesen ist. Rechnung tragen, und dies in ihrem eigenen Interesse. Denn mit Beschönigen und Verheimlichen wird schließlich nur das Eine erreicht, daß selbst diejenigen stückig gemacht werden, welche die Entwicklung deutscher kolonialer Thätigkeit in der Süßsee noch jederzeit mit Wohlwollen verfolgt haben.

Bon der Marine.

U Kiel, 16. März. Das Uebungsgeschwader, bestehend aus dem Flaggschiff „Friedrich Karl“, sowie den Panzerschiffen „Kronprinz“, „Deutschland“ und „Friedrich der Große“, manövriert heute in der geräumigen Eckernförder Bucht und wird am nächsten Freitag nach Kiel zurückkehren. Auch die Schiffe der Hanse-Flotte laufen täglich zu Einmelübungen, Schießversuchen u. s. m. aus. Am Mittwoch nächster Woche trifft der commandirende Admiral, Vice-Admiral Freih. v. d. Golt hier ein, um während der folgenden drei Tage die Frühjahrsbesichtigung der Marineweite vorzunehmen. Am 1. April wird das Vermessungsschiff „Nautilus“, unter dem Commando des Corvetten-Captains Sachmann, in Dienst gestellt, um gleich nach seiner Ausrüstung mit der Fortsetzung der Vermessungen an der pommerschen Küste und der Insel Rügen zu beginnen. Am Bord des „Blücher“ hat heute ein Kurus für Offiziere in der Torpedoausbildung begonnen. — Anfangs April beginnt sich Prinz Heinrich von Berlin nach Wilhelmshaven, um das Commando des Panzerfahrzeugs „Beowulf“ zu übernehmen und dasselbe nach Kiel überzuführen.

Am 18. März: Danzig, 17. März. M.-A. 11.59, G.-A. 6.12, G.-U. 6.6. Wetterausichten für Freitag, 18. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Veränderlich wolkig, lebhaft windig, Niederschläge; kalt. Sturmwarnung für die Küsten.

Für Sonnabend, 19. März: Feuchtigkeit, wolkig, bedeckt, Niederschläge. Lebhafter Wind an den Küsten.

Für Sonntag, 20. März: Wolkig, strichweise Niederschlag; ziemlich milde.

Für Montag, 21. März: Veränderlich, windig; Tags milde.

Für Dienstag, 22. März: Abwechselnd, Tags milde; heftiger Wind.

* [Grenzmitgliedschaft] Die hiesige Naturforschende Gesellschaft hatte Herrn Dr. Lissauer, welcher in Kürze Danzig verläßt, in Anerkennung seiner Verdienste als Begründer der anthropologischen und ethnographischen Sammlungen wie um prähistorische Forschung überhaupt zum Ehrenmitgliede ernannt. Heute Mittag wurde nun Herrn Dr. Lissauer das darüber ausgerichtete Diplom durch den Vorstand der Gesellschaft überreicht.

* [Arbeitsnöth und Arbeitslosen] Die circa 50 hiesigen Arbeiter, welchen man von hier aus Beschäftigung bei dem Elbinger Chausseebau versetzt hatte, haben sich dort wenig anstellig erwiesen. Die Hälfte hat es vorgezogen, die Arbeitsstätte gar nicht erst aufzusuchen, sondern ist auf dem Wege dorthin desertiert. Aus Elbing schreibt man uns von gestern: Gruppenweise sah man die Leute schon gestern und auch heute in den Straßen müßig stehen. Ein Theil ist wieder nach Danzig zurückgekehrt.

* [Dampfschiff-Verbindung] Von morgen ab nehmen die Dampfer der Gesellschaft „Weichsel“ ihre regelmäßigen stündlichen Tourenfahrten zwischen Danzig und Neufahrwasser wieder auf.

* [Bazar-Ertrag] Der hier kürzlich zum Besten des Marien-Krankenhauses abgeholte Bazar hat einen Reinertrag von 7370 Mk. 48 Pf. geleistet.

* [Von der Weichsel.] Aus Jawichost meldet ein Telegramm von heute Nachmittag 2 Uhr: Heute früh 8 Uhr Aufbruch der Eisflaumung bei 1.96 Meter Wasserstand. Seitdem ist das Wasser auf 2.24 Meter gestiegen.

* [Titelverleihung] Dem Dirigenten der städtischen höheren Mädchenschule und des mit dieser verbundenen Lehrerinnen-Seminars in Marienburg, Rector Gustav Alua, ist der Titel Director verliehen worden.

- [Kaufmännischer Verein von 1870.] In der gestrigen Generalversammlung wurde für das Staatsjahr 1892/93 Herr Haak als Vorsitzender wiedergewählt, Herr Kaufmann Bock als Stellvertreter neuwählt; wiedergewählt wurden die Herren Füssich und Lundie als Schriftführer, Lott und Kucher als Schachmeister, Hoffmann als Bibliothekar, Schmidt als Stellenvermittler; neugewählt Herr Böck als Vergnügungsvorsteher, Herr Alfred Winter als Lokalordner. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Haus- und Grundbesitzerverein.] In der gestrigen Generalversammlung erstaute zunächst der Kassenführer Herr Miz den Kassenbericht für das Jahr 1891/92, aus welchem hervorging, daß die Einnahmen 3068 Mk., die Ausgaben 2961 Mk. betrugen haben. Unter letzteren befindet sich auch ein Beitrag von 300 Mk. für die Suppenküche. Das Vermögen beträgt gegenwärtig 1400 Mk. Das Bureau des Vereins wurde durchschnittlich von 11 Personen täglich besucht, die größtentheils Anfragen wegen Mietens und Vermietens von Wohnungen stellten. Die gemeinsame Schne- und Eisabfuhr hat sich bereits eingebürgert und auch die erst im Februar eingerichtete Hypothekenvermittlung hat schon Erfolge aufzuweisen. Der Vorsitzende, Herr Bauer, teilte dann mit, daß dem Verein gegenwärtig 531 Mitglieder angehören, so daß eine Zunahme von 92 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Es wurden im vergangenen Jahre 9 allgemeine Sitzungen abgehalten, in denen hauptsächlich die Fragen der Schne- und Eisabfuhr, der Stadtweiterung und des Hypothekenkennzeichens erörtert worden sind. Es wurden hierauf in den Vorstand die Herren Dr. Kniwell (Stellvertreter des Vorsitzenden), F. Kawalki (erster), A. Linke (weiterer Schriftführer) und Gablewski, Bartlach und Chropanski (Beisitzer) gewählt. Hierauf erläuterte der Vorsitzende an der Hand eines Planes im vergrößerten Maßstabe die geplante Stadtweiterung.

* [Preisprozeß] In der heutigen Schöffengerichtsitzung wurde zum vierten Male die öffentliche Beleidigungsklage des Herrn Otto Jochem gegen den Redakteur des „Westpr. Volksblatts“ Herrn Karl Schlesinger wegen der früher in einer sozialistischen Volksversammlung behandelten, mehrfach erwähnten Beschlüsse gegen Herrn Jochem verhandelt. Herr Schlesinger wurde freigesprochen und der Privatkläger in die sehr erheblichen Kosten des Prozesses verurtheilt. Da das Resultat der Beweisaufnahme, welche manches interessante Moment belebte, ein näheres Eingehen auf dieselbe erforderlich werden wird, werden wir in der Morgen-Ausgabe hierüber berichten.

* [Selbstmord einer angeblichen Danzigerin] Die Frau, welche, wie kürzlich nach Berliner Blättern berichtet, am 8. Ms. im Hotel „Rostocker Hof“ zu Berlin eingekrochen war und einen Selbstmordversuch machte, heißt nicht, wie sie angab, Rosa Meyer aus Danzig, sondern ist die Frau eines Handwerkers in Spandau. Sie ist Sonnabend Morgen an den Folgen des Giftes in der Charité gestorben. Die Frau ist durch eine unheilbare Krankheit in den Tod getrieben worden.

* [Unfälle] Der Arbeiter Felig A. erlitt gestern Nachmittag durch Fall von einem mit Schnee beladenen Wagen eine ca. 15 Centimeter lange Lappenwunde auf dem Scheitelpunkt und eine Verletzung der rechten Hand. — Der Arbeiter Jakob B. aus Ohra, mit dem Abtragen von Kohlen aus einem Bording beschäftigt, stürzte von der Laufplanke zur Erde und erlitt einen Knöchelbruch. Beide Verletzte fanden Aufnahme im Stadtkrankenhaus in der Sandgrube.

* [Neue Kaffeeschänke] Die Verleihbude am Hohenthor ist gestern abgebrochen. An ihre Stelle kommt eine neue Bude, in welcher ein Kaffee- und Tee-Ausschank etabliert werden wird. Die Concession ist hierfür bereits ertheilt.

* [Einbruch] In der verlorenen Nacht haben Diebe in den Stadtwagone-Speicher (Milchkanne 22) einen Einbruch verübt. Es ist ihnen jedoch nur ein geringer Geldbetrag in die Hände gefallen. Der Speicher ist wahrscheinlich durch einen Nachschlüssel geöffnet worden.

* [Schwurgericht] In der heutigen letzten Sitzung der zweiten Schwurgerichtsperiode standen der Pächter Martin Grubba und der Eigentümer Johann v. Gorinski aus Schönwalde wegen Meineides, sowie der Eigentümer Johann Lehmann aus Schönwalde und der Arbeiter August Bieseke aus Steinbrug (Kreis Neustadt) wegen Verleitung zum Meineide vor den Geschworenen. Die Verhandlung gab ein interessantes Bild von der leichtfertigen Auffassung, die in einem Theile unserer kaujabischen Bevölkerung über Tide gehabt wird. Am 21. November 1890 entdeckte der Förster Gleiser, daß in der kgl. Forst von Gnewau eine Anzahl Stangen gestohlen waren. Er verfolgte die Spur und fand, daß die Stangen in dem Walde des Besitzers Potrykus aufgestapelt waren. Hierauf versleckte er sich und erlappte den Angeklagten Lehmann, der die Stangen auf seinen Wagen geladen hatte und mit ihnen abfahren wollte. Lehmann, der anfänglich dem Beamten den Diebstahl gestanden hatte, wurde zu 176 Mark Strafe und Schadenergutz verurtheilt. Diese Summe war ihm jedoch zu hoch, er erhob Widerspruch und schlug die Mitangeklagten Grubba und Gorinski als Zeugen dafür vor, daß die Stangen bereits vor dem 21. November in dem Walde des Potrykus gefällt worden seien. Im Termine am 10. Oktober 1891 bejahten nun auch beide Angeklagte, sie wären am Tage nach der Reichstagswahl durch den Wald des Potrykus gegangen, um in einem benachbarten Orte eine Auh zu kaufen. Auf dem Wege durch den Wald hätten sie dann gesehen, daß die Stangen von einem Arbeiter Davydowski gefällt und aufgestapelt seien. Dem Richter erschien diese Aussage sehr bedenklich, er ließ beide Zeugen verhaften und fuhr noch an demselben Tage mit Grubba nach der von ihm benannten Ortschaft, um sich die Auh zeigen zu lassen, um welche damals gefallend worden war. Hier stellte es sich nun heraus, daß die Erzählung der beiden Zeugen vollständig erwidert war und beide legten dann ein Geständniß ab und gaben an, daß sie zu dem Meineide von den beiden andern Angeklagten angeföhrt worden seien.

(Die Verhandlung wird voraussichtlich bis spät Nachmittags das Schwurgericht in Anspruch nehmen.)

[Polizei-Bericht vom 17. März 1892.] Verhaftet: 16 Personen, darunter: 1 Schuhmacher wegen Widerstandes, 5 Bettler, 9 Obdachlose, — Gefunden: 2 Schlässer, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Pfandschein, abzuholen von der K. Polizei-Direction.

Ziegendorf, 15. März. In vergangener Nacht brannten die alten Gerbereigebäude der früheren Raujoki'schen Gerberei hier selbst ab. In dem ziemlich baufälligen Schuppen pflegten mitunter umherziehende Bagabonden ihr Nachttarier zu nehmen; wahrscheinlich ist das Feuer, das beide Gebäude zerstörte, von ihnen angelegt.

Marienburg, 16. März. Nach der „Marien-Ztg.“ hat die Veranlagungs-Commission das Staats-Einkommensteuer-Goll für die Stadt Marienburg auf 35 235 Mk., also ca. 7000 Mk. weniger als im letzten Jahre, festgesetzt.

— Der Kreisstag des hiesigen Kreises ist auf den 30. d. Ms. einberufen, um über die schon erwähnte Beihilfe für die Thiene-Regulierung, Aufnahme einer schwedenden Schulb von 300 000 Mk. für Chausseebauten, Tiefstellung des Kreischaushalts-Etats und Gewährung eines zinsfreien Darlehns von 4000 Mk.

an die Stadt Marienburg befußt Beitritt zur Provinzial-Witwen- und Waisenkasse Besluß zu fassen.

Die Krone, 16. März. In Folge von Rohlendurst-Verzehr verstarb in der Nacht von Sonntag zu Montag auf dem Gute in Dyck das Stubenmädchen Marie Holtermann.

- a. Stoß, 16. März. Heute gegen 4 Uhr Morgens wurde die hiesige Bewohnerchaft durch Feuerlärme aus dem Morgenlasse geweckt. Das am Markt belegene Haus in Jancke'sche Hinterhaus brannte im obersten Stocke. Das Dach und die Giebelmauer sind eingefüllt. Das Feuer wurde schnell gelöscht und blieb auf se e. in Herd beschränkt.

Instenburg, 14. März. Der am 20. v. M. von hier nach Begehung vieler Wechselschlägen flüchtig gewordene Kaufmann Fritz Hagen, über dessen Vermögen der Concurs eröffnet worden ist, ist im Hafen von New-York auf einem Auswanderungsschiff verhaftet worden.

(Weiteres in der Beilage.)

Vermischte Nachrichten

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Haushalt und Grundbesitzerverein] In der gestrigen Generalversammlung wurde für das Staatsjahr 1892/93 Herr Haak als Vorsitzender wiedergewählt, Herr Kaufmann Bock als Stellvertreter neuwählt; wiedergewählt wurden die Herren Füssich und Lundie als Schriftführer, Lott und Kucher als Schachmeister, Hoffmann als Bibliothekar, Schmidt als Stellenvermittler; neugewählt Herr Böck als Vergnügungsvorsteher, Herr Alfred Winter als Lokalordner. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis 900 Mk., Unterstützungen 932 Mk., Gefälligkeit 1100 Mk.

* [Ein kleiner Käpernick] Auf originelle Art hat ein kleiner Bursche in Berlin für die erkrankte Mutter die Miete „verdient“. Als vor etwa Monaten die am Kreuzberg wohnende Mutter des Burschen erkrankte, beschloß der Vater, ein „Käpernick“ zu werden. Er nahm sich Leder unter die Strümpfe und ging dann getrocknet Muths an die Arbeit. Zuerst ließ er mit dem Pferdebahnwagen bis zum Gesundbrunnen und zurück, um aus den Händen der Passagiere seinen Nickel einzuholen. Der Stal wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5052 Mk. genehmigt, davon entfallen in Ausgabe auf allgemeine Vereinskosten 1240 Mk., Stellenvermittlung 150 Mk., Bildungspreis

Beilage zu Nr. 19417 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 17. März 1892.

Reichstag.

195. Sitzung vom 16. März.

Die dritte Lesung der Novelle zum Krankassengesetz wird fortgesetzt.

§ 6a ermächtigt die Gemeinden, zu beschließen, 1. daß freiwillig der Kasse beigetretene Mitglieder erst sechs Wochen nach dem Beitritt Krankengeld erhalten sollen; 2. daß Versicherten, welche die Kasse durch Betrug geschädigt oder sich die Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhafte Beheiligung an Schlägereien oder Kaufhändeln durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen, das Krankengeld gar nicht oder nur theilweise zu gewähren ist; 3. daß Versicherten, welche im Laufe eines Jahres 13 Wochen lang Krankengeld erhalten haben, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtduer von 13 Wochen zu gewähren ist; 4. daß das Krankengeld allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen schon vom Tage der Erkrankung an, sowie für Sonn- und Feiertage zu zahlen ist; 5. daß auch Familienangehörige mit versichert werden dürfen; 6. daß die ärztliche Behandlung, die Lieferung der Arzneien und die Kur und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser zu gewähren sind. Ferner sollen die Gemeinden ermächtigt sein, Botschriften über die Krankenmeldungen, über das Verhalten der Kranken und über die Krankenauffüllung zu erlassen und eventuell Ordnungsstrafen bis zu 20 Mk. zu verhängen.

Auf einen Antrag der freien Commission Gutsfleisch u. Gen. sollen in Nr. 2 die Worte „durch Betrug geschädigt oder“ ersehen werden durch „durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung geschädigt haben, für die Dauer von 12 Monaten seit Begehung der Strafthat, sowie daß Versicherte, welche“ u. s. w.

Die Abgg. Hirsch und Gutsfleisch wollen in Nr. 2 die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifungen“ streichen.

Abg. Hirsch (freiz.): Ich bin durch ärztliche Autoritäten überzeugt, daß die Borenhaltung des Krankengeldes in durch geschlechtliche Ausschweifungen hervorgerufenen Krankheiten ungerechtfertigt ist. Gewiß ist insbesondere für genossenschaftliche Krankenkassen der Standpunkt der Moral hochzuhalten. Wir stehen hier aber vor einer Frage der öffentlichen Gesundheitspflege, und es würde für die Kranken, ihre Angehörigen, ja für die Allgemeinheit eine sehr schwere Gefahr heraufbeschworen werden, wenn in solchem Falle das Krankengeld verweigert würde.

Geh. Rath v. Woedtke: In durch geschlechtliche Ausschweifungen hervorgerufenen Krankheiten muß, wenn auch nicht Krankengeld, so doch immerhin ärztliche Pflege und Arznei von der Gemeinde gewährt werden. Die Gesundheitspflege wird also nicht leiden. Godann kann unter geschlechtlicher Ausschweifung nicht schon verstanden werden, daß jemand geschlechtlich erkrankt ist. Nur wenn die Krankheit durch ein ausschweifendes Leben hervorgerufen ist, könnte die Gemeinde von ihrer Befugnis Gebrauch machen.

Abg. Molkenbuhr (Soc.): Den Geschlechtskranken ist mit Arzt und Medizin in den meisten Fällen nicht geholfen, sie bedürfen der Pflege in einem Krankenhaus, und diese kann ihnen verweigert werden. Ich bitte Sie, den Antrag Hirsch anzunehmen.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) bekämpft den Antrag im Namen der Sittlichkeit.

Abg. Singer (Soc.): Die Frage der Heilung der Geschlechtskrankheiten hat mit der Sittlichkeit nichts zu thun. Sittlich ist, dafür zu sorgen, daß diese Kranken möglichst schnell gesunden; sittlich ist, zu verhüten, daß nicht andere unter ihrer Schuld zu leiden haben.

Der Antrag Hirsch-Gutsfleisch wird abgelehnt; dafür stimmen: Sozialdemokraten, Volkspartei, Freisinnige und Nationalliberale, letztere mit Ausnahme der Abgg. Böttcher, Keller und Müllensiefen. Mit der Mehrheit stimmt auch der Abg. Frhr. v. Münch.

Nach § 7 kann statt der von der Krankenkasse zu gewährenden Leistungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewährt werden. Hat der im Krankenhaus Untergebrachte Familienangehörige, für welche er bisher Ernährer war, so soll die Hälfte des Krankengeldes gewährt werden. § 7 wird mit einem Antrag v. Strombeck (Centr.) angenommen, welcher die letzte Bestimmung dahin erweitert, daß die Zahlung auch unmittelbar an die Angehörigen erfolgen kann.

§ 26a trifft im Absatz 1 Bestimmungen gegen die sog. Ueberversicherung. Das Krankengeld soll bei mehrfach Versicherten so weit gekürzt werden, daß es den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes nicht übersteigt. Durch das Kassenstatut kann diese Kürzung ganz oder theilweise ausgeschlossen werden. Durch das Kassenstatut kann ferner bestimmt werden (entsprechend den analogen Bestimmungen des § 6a für die Gemeinden), daß die Mitglieder spätestens am dritten Tage nach der Krankmeldung ihre anderweitigen Versicherungsverhältnisse dem Kassenvorstande anzeigen müssen, daß im Falle des Betruges oder selbstverschuldeten Krankheit das Krankengeld ganz oder theilweise entzogen werden kann, daß Ordnungsstrafen bis zu 20 Mk. verhängt werden können, daß Ärzte- und Arzneizwang vorgeschrieben werden kann.

Die Abgg. Möller u. Gen. wollen die Versicherten zur Abmeldung der anderweitigen Versicherungsverhältnisse acht Tage nach dem Eintritt in die Kasse bzw. nach dem Abschluß der Versicherung entsprechend der Regierungsvorlage verpflichten.

Endlich beantragen Grillenberger u. Gen., den § 26a ganz zu streichen, eventuell in Abs. 1 die Ueberversicherung bis zu einem Drittel über den durchschnittlichen Tagelohn zu gestatten. Die Kürzung soll sämtlichen beihilfigten Kassen gleichmäßig zu Gute kommen.

§ 26a wird nach Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge mit dem Antrag Möller angenommen, § 49a und b waren bei der zweiten Lesung gestrichen. Nach dem Antrage der freien Commission wird jetzt § 49b wiederhergestellt.

Bei § 55a verlagt das Haus die weitere Berathung auf Donnerstag.

Provinzielles.

pp. Marienburg, 16. März. Bei der soeben beendeten Abiturientenprüfung am hiesigen Lehrerseminar bestanden sämtliche 34 Jöglings des ersten Kursus der hiesigen Anstalt. Von 3 auswärtigen Bewerbern bestanden zwei die Prüfung, einer mußte vor Beginn der mündlichen Prüfung wegen Benutzung unerlaubter Hilfsmittel zurücktreten. Den Vorsitz führte Herr Provinzialschulrat Dr. Böcker-Danzig; seitens der königlichen Regierungen waren die Herren Schul-

räthe Dr. Rohrer-Danzig und Friebel-Marienwerder deputirt. Auch Herr Generalsuperintendent D. Taube-Danzig wohnte der Prüfung in der Religion bei. — Am morgigen Tage beginnt unter Vorsitz des Herrn Schulrat Dr. Rohrer-Danzig die Prüfung an der hiesigen Landwirtschaftsschule. 12 Jöglings der ersten Klasse unterziehen sich derselben behufs Erlangung der Berechtigung zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger.

w. Elbing, 16. März. Ein großes Feuer äscherte in der Nacht die Wirtschaftsgebäude des Gutsbesitzers Georg Wittig in Fischerskampe ein. Außer Getreide- und Futtervorräthen verbrannten fast alle Wirtschaftsgeräthe. Auch ist der Verlust von 6 Kühen und einem Theil des Geflügels zu beklagen. — Im Anschluß an einen Vortrag des Professors Dr. v. Seidell aus Königsberg über den Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande hat sich hier heute ein Zweigverband dieses Vereins gebildet. In den Vorstand wurden die Herren Stadtrath Hänsler, Prediger Burn, Töchterschul-Director Witte, Oberlehrer Bandow und die Hausleute Enz und Giede gewählt. Da ein westpreußischer Provinzial-Verein noch nicht besteht, schloß sich der hiesige Zweigverein vorläufig dem ostpreußischen Provinzial-Verein an. — Herr Deichinspector a. D. Bauer aus Marienburg führte in einem Vortrage über die Weichsel- und Nogat-Regulirung im hiesigen kaufmännischen Verein aus, daß davon eine vollständige Sicherheit für die bedrohten Niederungen nicht zu erwarten sei, indeß die Gefahren bedeutend verringert und künftig wesentlich von dem Wasserstande der See abhängig sein würden. Ist derselbe niedrig, so wird ein Sinken des Wasserspiegels bis zur Montauer Spitze eintreten. Hohe See kann hingegen das Wasser stauen und beim Einstrom gefährlich werden. Für die Nogatniederung bleibt nach theilweiser Absperrung der Nogat die Möglichkeit bestehen, daß der Strom den Absperrungsdamm durchbrechen oder bei einem Bruch in der Marienwerder'schen Niederung sich über die Niederung hinweg in die Nogat ergießen und die anliegenden Ländereien unter Wasser sehen kann. Der Verschluß der Elbinger Weichsel (der übrigens neuerdings von hervorragender Seite beanstandet resp. bekämpft wird) werde besonders dem Marienburger Deichverband in Zukunft erhebliche Kosten sparen. Auch ermöglicht er die Anlage eines Deiches zwischen Stutthof und Jungfer, wodurch eine große Landfläche gegen das Stauwasser des Haffes geschützt wird.

a. Briefen, 16. März. Wenn in allen Kreisen so viele junge katholische Lehrer ihrem Berufe entsagen wie hier, dann wäre an ein Aufhören des Lehrermangels nicht zu denken. Vor kaum 3 Jahren trat der Lehrer Ruschinski aus Jaskocz in eine geistliche Congregation zu Lemberg ein. Im Frühjahr v. J. zahlte Lehrer Blank aus Gollub die Seminarkosten zurück und ging in einen Orden nach Rom; in diesem Jahre, wohl zum 1. Mai, folgt ihm Lehrer Bednarz aus Briefen nach. Derselbe hat bereits um 1 Jahr Urlaub gebeten und erwartet täglich seine Aufnahmericklärung aus Rom. Mit ihm wäre gern ein anderer junger Lehrer, der das Examen gut bestanden hat, von hier mitgegangen. Da der Vater aber nicht die Seminarkosten zurückzahlt will, so gedenkt er erst seine Zeit abzudienen.

Y Thorn, 16. März. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde mitgetheilt, daß die vom Magistrat ausgearbeitete Petition gegen den Volkschulgesetz-Entwurf an das Abgeordneten- und an das Herrenhaus abgefandt worden ist. — Die hiesige Schuldeputation hat die öffentlichen Prüfungen zu Ostern an den Knabenschulen aufgehoben. Dieselben waren nichts anderes als eine Parade-Aufführung. Deshalb ist der Beschuß, daß dieselben nicht mehr abgehalten werden sollen, als ein durchaus gerechtfertigter anzusehen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 16. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 206—212. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 210—215, russ. loco ruhig, neuer 185—188. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübstol (unverzollt) ruhig, loco 56.00. — Spiritus lehm flau, per März—April 31^{1/4} Br., per April—Mai 31^{1/2} Br., per August—September 32^{1/2} Br., per Septbr.—Oktober 32^{1/2} Br. — Kaffee ruhig. Umiah 1500 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco per August—September 6.15 Br. — Wetter: Brachtvoll.

Hamburg, 16. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohrzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Ussance, f. a. B. Hamburg per März 14.10, per Mai 14.32^{1/2}, per August 14.70, per Oktober 13.15. Stetig.

Hamburg, 16. März. Kaffee. Good average Santos per März 68^{1/2}, per Mai 68, per Septbr. 65^{1/2}, per Dezbr. 63. Ruhig.

Bremen, 16. März. Raff. Petroleum. (Schlußbericht.) Fahrl. zollfrei. Ruhig. Loco 6.25 Br.

Havre, 16. März. Kaffee. Good average Santos per März 92.50, per Mai 88.25, per September 84.25. — Beinpel.

Frankfurt a. M., 16. März. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Österreichische Credit-Aktion 262, Franzosen 244^{1/2}, Lombarden 72^{1/2}, ungar. Goldrente 91.80, Gotthardbahn 134.00, Disconto-Commandit 178.50, Dresdener Bank 132.30 ex., Bochumer Gußstahl 108.50, Dortmund Union St.-Pr. —, Gelsenkirchen 135.20, Harpener 137.20, hibernia 124.20, Laurahütte 101.50, 3% Portugiesen 26.80. Fett.

Wien, 16. März. (Schluß-Course.) Oesterl. Papierrente 93.92^{1/2}, do. 5% do. 102.75, do. Gilberrente 93.45, 4% Goldrente 110.75, do. ungar. Goldrente 107.10, 5% Papierrente 101.85, 1860er Loose 140.00, Anglo-Aust. 148.00, Länderbank 202.75, Creditact. 306.50, Unionbank 233.50, ungar. Creditactien 341.50, Wiener Bankverein 112.20, Böh. Weltbahn 343.00, Böh. Nordb. 179, Bulch. Eisenbahn 439.00, Duf-Bodenbacher —, Elbethalbahn 227.50, Ferd. Nordbahn 2830.00, Franzosen 280.87^{1/2}, Gußier 211.50, Lemberg-Ciern 245.50, Lombard. 82.10, Nordweitb. 208.50, Barbubitzer 183.00, Alp.-Mont.-Act. 60.10, Tabakactien 164.50, Amsterd. Wechel 98.70, Deutsche Bläde 58.35, Londoner Wechel 119.40, Pariser Wechel 47.57^{1/2}, Napoleons 9.47^{1/2}, Markofen 58.35, Russische Banknoten 1.19^{1/2}, Gilbercoupons 100, Bulgar. Anleihe 101.00.

Amsterdam, 16. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März —, per Mai 232. — Roggen loco geschäftlos, do. auf Termine niedriger, per März 211, per Mai 210. — Rübstol loco 27^{1/2}, per Mai 26, per Herbst 27^{1/2}.

Antwerpen, 16. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries Type weiß loco 14^{1/4} bei, und Br., per März 14^{1/2} Br., per April 15 Br., per Sept.-Dezbr. 15^{1/4} Br. Ruhig.

Paris, 16. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 97.60, 3% Rente 96.22^{1/2} ex., 4^{1/2}% Ant. 105.20, 5% ital. Rente 86.92^{1/2}, österr. Golbr. 95^{1/2}, 4% uns. Goldrente

Berliner Sonderseite vom 16. März.

hortener **M**edieval-**R**appo**r**t.